

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft V/1998

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1997

■ MUSICA PRO PACE 1997

■ BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:

350 JAHRE WESTFÄLISCHER FRIEDEN –

KRIEGS- UND MENSCHENRECHTSKONVENTIONEN AUF DEM
PRÜFSTAND

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück



Lindiwe Mabuzza

Aufbruch in Südafrika – Modellfall für den Kontinent?

Podiumsdiskussion im Rathaus der Stadt
am 26. März 1997

<i>Lindiwe Mabuz</i>	Botschafterin der Republik Südafrika in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
<i>Prof. Dr. Reinhold Mokrosch</i>	Universität Osnabrück, FB Erziehungs- und Kulturwissenschaft (Moderation)
<i>Prof. Dr. Kum'a Ndumbe III.</i>	Freie Universität Berlin, FB Politische Wissenschaft – Otto Suhr-Institut
<i>Dr. Rainer Schweers</i>	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn

Reinhold Mokrosch: Am Internationalen Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 1996, setzte Nelson Mandela seine Unterschrift unter eine neue Verfassung für die Republik Südafrika. Als Ort der Unterzeichnung wählte er Sharpeville bei Johannesburg, wo im Jahr 1960 69 Anti-Apartheid-Demonstranten erschossen worden waren. Die Schützen wurden seinerzeit befördert, einige der Gestorbenen dagegen nicht einmal beerdigt. Präsident Mandela erklärte nach seiner Unterschrift: »Niemand kann in Sicherheit und Frieden leben, wenn andere in Unsicherheit und Streit leben.« Dieses Zitat bringt den ganzen Akzent seiner Politik in Südafrika zum Ausdruck.

Wird die südafrikanische Bevölkerung eine Versöhnung zwischen den 75 Prozent Schwarzen, den 12 Prozent Weißen, den 10 Prozent Gemischten und den 3 Prozent Indien-Stämmigen erreichen? Wird sich Südafrika zu einer multikulturellen demokratischen Republik entwickeln? Oder bleibt der Rassismus in den Köpfen und Herzen verankert? Die Mehrzahl der Weißen hat, wie eine Umfrage zeigte, noch niemals einen Fuß in eine Schwarzensiedlung gesetzt. Die meisten der Weißen und der Schwarzen haben noch nie an einem Tisch zusammen gegessen. Ist die multikulturelle Feierstimmung verflogen? Kann die Wahrheitskommission unter Vorsitz von Bischof Tutu Frieden und Versöhnung stiften? Die 17köpfige Kommission zieht durch das ganze Land und hört sich die Berichte von den Leiden der Bevölkerung an, von Folterungen, Verschleppungen und Ermordungen. Die meisten der Angehörigen der Opfer bitten nur darum, daß sie wenigstens den Leichnam ihres Mannes, ihres Sohnes oder ihrer

Tochter erhalten, um ihn zu bestatten, weil die Ahnen so lange zürnen, bis der Tote beerdigt ist.

Kann die Republik Südafrika für die ganze Region zum Hoffnungsträger werden? Die Wirtschaft wächst gegenwärtig um 3,5 Prozent, die Inflationsrate sinkt auf 5,5 Prozent, die freie Marktwirtschaft stabilisiert sich.

Wie ist – so lautet meine erste Frage an die Runde – die Gesamtentwicklung in der Republik Südafrika seit April 1994 zu bewerten? Daran schließt sich die zweite Frage. Wie wird die Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Südafrika beurteilt? Die Bundesregierung hat 1996 ein »Sonderprogramm Südliches Afrika« aufgelegt, die bilateralen Beziehungen sind eng: 350 deutsche Firmen mit 60.000 Beschäftigten haben investiert und arbeiten dort. Ist diese Kooperation vorbildlich? Das Bruttosozialprodukt der 46 Staaten südlich der Sahara beträgt derzeit – wie jenes Belgiens – 276 Milliarden Dollar. In Belgien leben 6 Millionen Menschen, südlich der Sahara 570 Millionen. 180 Millionen sind chronisch unterernährt, 16 Millionen sind auf der Flucht, 5 bis 20 Millionen sind HIV-positiv.

Die dritte Frage lautet: Kann unter solchen Umständen Südafrika ein Modell für die anderen südlichen Staaten in Afrika sein? – Und die letzte Frage: Kann Südafrika in den Krisengebieten Frieden stiften? Mandela hatte eine Beteiligung an Friedensinitiativen in Angola und Ruanda-Burundi abgelehnt, in Zaire war er an den Verhandlungen über einen Friedensschluß beteiligt. Als ich im letzten Jahr nach vier Monaten Lehrtätigkeit am Victoria-See aus Tansania zurückkehrte, versicherte mir ein Ökonom: »Auch wenn Afrika im Meer versinken würde, würde die Weltwirtschaft keinen Schaden nehmen«. Meine spontane Antwort: »Wenn aber Europa im Meer versinken würde, könnten die Afrikaner bestens weiterleben«.

Weil wir nicht bereit sind, von Afrikanern zu lernen, sind wir auf dem Weg zu einem technokratischen, ökonomischen Menschen. Afrika aber hält Schätze für uns bereit, die unserer Menschlichkeit neue Impulse geben könnten – wenn wir sie nur erkennen würden.

Lindiwe Mabuzo: Ebenso wie jene, die bereits vor uns für die Befreiung von Angola, Moçambique, Zimbabwe und Namibia eingetreten sind, haben wir, die wir für die Freiheit Südafrikas gekämpft haben, immer gewußt, daß der Befreiungskampf letztlich ein Kampf für Frieden ist. Südafrika, ebenso wie der übrige afrikanische Kontinent, heilt noch immer Wunden, die mittelbare oder unmittelbare Folgen unseres kolonialen Erbes sind.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Entwicklung Europas sehr viel mit der Unterentwicklung des afrikanischen Kontinentes zu tun hat. Südafrika hat seit mehr als 300 Jahren keinen wirklichen Frieden erlebt. Bei aller Konzentration auf die zurückliegenden 50 Jahre der Apartheid sollte man nicht vergessen, daß die koloniale, unfriedliche Periode in Afrika 300 Jahre andauert hat. In den vergangenen 50 Jahren sorgte die gescheiterte Politik der Apartheid dafür, daß

nicht nur Südafrika, sondern die gesamte Region im Süden des Kontinents keinen wirklichen Frieden kennenlernte.

Das Apartheid-Regime hat mit seiner Politik der Verteidigung einer uneingeschränkten Vorherrschaft die Entwicklung ganz Südafrikas blockiert und zugleich destabilisiert, was so lebenswichtige Bereiche wie die Bildung und das Gesundheitswesen einschloß – soviel zum Ausgangspunkt für die gegenwärtige Entwicklung. Unsere Regierung ist bemüht, die Menschen Südafrikas zukunftsorientiert ins 21. Jahrhundert zu führen, unsere Demokratie weiter zu stärken und zu konsolidieren. Dazu ist allerdings auch die Bewältigung unserer Vergangenheit nötig.

Die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Südafrika ist ein komplexes Geflecht von politischer Planung und praktischer Initiative und Aktion. Die alles überragende Aufgabe: unsere Gesellschaft umzustrukturieren und neu aufzubauen, verlangt nicht nur funktionsfähige, interne Entscheidungsfindungen und Kooperationen, sondern auch gute Beziehungen in der ganzen Region. Im Prozeß der Entwicklung der besten Strategien für unser Land und die Region müssen viele Aspekte berücksichtigt werden. Zu den wichtigsten zählen die Sorge um die Menschenrechte und die Lebensqualität sowie der Fortschritt hin zu mehr Demokratie.

Zunächst einige Bemerkungen zu den Prinzipien, wie sie gegenwärtig die südafrikanische Außenpolitik charakterisieren: Südafrikas heutige Position ist insofern außerordentlich, als es in der Region eine Führungsrolle einnimmt und zugleich eine Gesellschaft wiederaufbauen muß, die noch von der Apartheid gezeichnet ist. Somit ist die südafrikanische Innen- und Außenpolitik von immenser Bedeutung für den Fortschritt und den Erfolg der Bürger in der Republik Südafrika wie den aller Menschen in der gesamten Region und des Kontinents. Daraus ergibt sich, daß die Außenpolitik Südafrikas solide und verlässlich sein und insbesondere folgenden Prinzipien genügen muß:

- Förderung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens im südlichen Afrika
- Konstruktive und gegenseitig nutzbringende, umfassende Zusammenarbeit mit ganz Afrika
- Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft in Fragen des Handels, der Investitionsförderung und der Verhinderung von Protektionismus
- Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und einer »guten Regierungsführung«, die die Befassung mit Problemen wie Umweltschutz, Verbot der Verbreitung von Waffen, Rüstungskontrolle, Drogenhandel, Stellung der Frauen, Flüchtlingshilfe, Massenmigration, Krankheiten, Dürre und andere Naturkatastrophen einschließt.

Mit Hilfe von 93 Auslandsvertretungen unterhält Südafrika diplomatische Beziehungen zu 167 Staaten in der ganzen Welt. Vollwertige diplomatische Beziehungen zu weiteren 25 Staaten werden vorbereitet. Die Region des südlichen Afrika hat für uns die höchste Priorität, die Integration des Handels und die Kooperation unterschiedlicher Wirtschaftszweige sind die beiden Hauptbestandteile der Regionalentwicklung, der auch die *Southern African Development Community* dient. Durch Organisationen wie die SADC können unsere Länder ihre Ressourcen und ihr Fachwissen kombinieren und gemeinsam ihre volkswirtschaftliche Entwicklung fördern.

Die Politik der Apartheid hat in der Vergangenheit eine gemeinsame regionale Entwicklung verhindert. Wir müssen jetzt gewährleisten, daß die wirtschaftlich stärkere südafrikanische Republik ihre Kräfte nicht zum Nachteil der Nachbarländer einsetzt. Unser Engagement innerhalb der SADC beweist aber, daß der Aufbau einer stärkeren und wirtschaftlich wettbewerbsfähigeren Region, die ein aktiver Geschäftspartner auf globaler Ebene sein könnte, für uns vordringlich ist.

Neben der SADC haben sich unsere Bemühungen auf der multilateralen Ebene auf die *Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)* konzentriert. Südafrika hat bereits eine aktive Rolle bei der Suche nach einer friedlichen und dauerhaften Lösung der Krise im Gebiet der Großen Seen gespielt. Aber auch in Lesotho, in Moçambique und Angola haben wir uns für friedliche Konfliktlösungen eingesetzt.

Unser Kontinent läuft heute Gefahr, auf globaler Ebene marginalisiert zu werden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Welt Afrika als neue Heimat der Demokratie aus dem Blick verliert. Unsere Innenpolitik ist fest auf eine Neustrukturierung und den Neubau unserer Gesellschaft gerichtet, um allen Menschen bessere Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Wir stellen nicht ohne Stolz fest, daß Südafrika sich von den gewaltigen Aufgaben, die es erwarten, nicht hat einschüchtern lassen. Das Land hat große Schritte auf dem Weg zu seinem ›Erwachsenendasein‹ gemacht. Vielversprechende Zeichen der Entwicklung unseres Landes sind in nahezu allen Bereichen sichtbar – ich möchte nur kurz einige politische und wirtschaftliche Errungenschaften unserer Regierung in Erinnerung rufen:

Als Teil der Bemühungen, den Prozeß zu beschleunigen, der die Demokratie ins Haus jedes einzelnen Südafrikaners tragen soll, wurde schon in den ersten 100 Tagen die Sicherstellung des Zugangs zu besserer Bildung, zur Stromversorgung, zu Nahrungs- und Gesundheitsversorgung sowie zur Wohnraum- und Wasserversorgung begonnen. Die einschlägigen Strategien wurden im Rahmen der Vorgaben des Umbau- und Entwicklungsprogramms (*Reconstruction and Development Programme*) entworfen, der ›Blaupause‹ unserer Regierung für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürger. Das RDP zielt darauf, die negative Erblast der Apartheid zu vermindern und soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Am 8. Mai 1996 verabschiedete unser Parlament die neue Verfassung. Sie wurde durch Unterschrift des Präsidenten Mandela vom 10. Dezember 1996 am 4. Februar 1997 rechtskräftig. Der Entwurf der Verfassung war eine große Aufgabe, die die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft aller Beteiligten auf das Äußerste strapazierte. Schließlich gilt aber diese Verfassung, die so unterschiedliche Fragen wie die Befugnisse der Provinzen, Arbeitsbeziehungen oder Fragen der Abtreibung und der sexuellen Orientierung regelt, heute als eine der fortschrittlichsten in der Welt.

Die Regierung arbeitet weiter an der Reform des Rechtswesens unseres Landes und strebt darüber hinaus nach gesellschaftlicher Versöhnung und der Ausbildung eines einheitlichen nationalen Konsenses. Unsere Regierung hat eine *Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission)* ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, die Menschenrechtsverletzungen in der Zeit der Apartheid zu untersuchen. Unter dem Vorsitz des Friedensnobelpreisträgers und ehrenwerten früheren Erzbischofs von Kapstadt, Desmond Tutu, wurde die Kommission beauftragt, das Ausmaß der zwischen dem 1. März 1960 und dem 6. Dezember 1993 begangenen Menschenrechtsverletzungen zu ermitteln. Die Anhörungen dazu begannen im vergangenen April und dauern fort. Der Wille unserer Regierung zur Versöhnung und zum Aufbau der Nation wird bis in die alltägliche Politik deutlich. Als politischer und ethisch-moralischer Führer ist Präsident Nelson Mandela hochgeschätzt. Sein Engagement für die Versöhnung und Einigung aller Menschen Südafrikas ist vorbildlich.

Im wirtschaftlichen Bereich gibt es zahlreiche positive Anzeichen für Südafrikas Zukunft. Die Zunahme unseres Wirtschaftswachstums gibt Investoren und Regierung gleichermaßen weiterhin Anlaß zur Zuversicht. Mit einem Wachstum von 3,1 Prozent im Jahre 1996 scheint unsere Wirtschaft auf einem stabilen Kurs zu sein. Der Vertrauensindex der südafrikanischen Wirtschaft stieg aufgrund dreier wichtiger Maßnahmen: der schrittweisen Abschaffung der Devisenkontrollen, der Abschaffung des Finanz-Rands und der Senkung der Körperschaftssteuer von etwa 30 auf 25 Prozent. Die Inflationsrate hat sich bei 7,4 Prozent stabilisiert, dem niedrigsten Stand seit 1972. Unser Defizit hat sich von 2,6 auf 1,4 Prozent verringert.

Kum'a Ndumbe III.: Tatsächlich betrifft die Entwicklung Südafrikas alle Afrikaner – so war es bereits in der Vergangenheit, und erst recht jetzt ist Südafrika unser Problem. ›Südafrika‹ ist eine Konsequenz, nicht ein Sprung der Geschichte Afrikas.

Die aktuelle südafrikanische Entwicklung ist nicht zuletzt eine Folge der Aktivitäten aller afrikanischen Befreiungsbewegungen seit den sechziger Jahren. Die Unabhängigkeitsbewegungen dieser Zeit haben Europa tief erschüttert. Die portugiesischen und britischen Kolonien – Angola, Moçambique, Rhodesien – wurden als eine Art Schutzwall um Südafrika herum aufgerüstet. Aber

die afrikanischen Befreiungsbewegungen haben es mit der Solidarität anderer afrikanischer und nichtafrikanischer Länder erreicht, daß die Kolonialisten nach und nach hinausgeworfen wurden. In Angola und in Moçambique war das nicht leicht, aber als Angola fiel, Moçambique fiel, Namibia fiel, konnte Südafrika die Apartheid nicht länger aufrechterhalten. Insofern ist der Sieg der südafrikanischen Befreiungsbewegung eine Konsequenz des gemeinsamen Kampfes der Afrikaner gegen den Kolonialismus und für die Unabhängigkeit.

Die Geschichte findet zu bestimmten Zeiten immer herausragende Persönlichkeiten, um besondere Ereignisse möglich zu machen. Es ist eigentlich ein Wunder, daß Nelson Mandela im Gefängnis überlebt hat, ein Wink des Schicksals, daß gerade dieser Mann nach all den Jahren nicht nur gelebt hat, sondern auch die Perspektive auf Verhandlungen als einen vernünftigen Weg zur friedlichen Machtübernahme der schwarzen Bevölkerung zum Tragen bringen konnte. Die weiße Bevölkerung mußte einsehen, daß ein Beharren auf dem Status Quo selbstmörderisch gewesen wäre.

Diese Konstellation hat es erlaubt, daß die Unabhängigkeit Südafrikas unter günstigen Bedingungen errungen werden konnte. Südafrika hat mit dem *African National Congress*, dem ANC, die älteste Befreiungsbewegung Schwarzafrikas überhaupt. Verglichen mit anderen Ländern, deren junge und unerfahrene Unabhängigkeitsbewegungen viele Niederlagen erlebten, haben die langen Jahre des Kampfes dazu geführt, daß der ANC reif dafür war, die Macht zu übernehmen. Aus der langen Tradition des Gewerkschaftskampfes heraus gab es gut ausgebildete Kader, die zu Führungsaufgaben qualifiziert waren, und es gab einen charismatischen Führer mit einer Vision für sein Land. Und Mandela hat nicht nur eine Vision für Südafrika, er hat eine Vision für Afrika überhaupt. Mit ihm hatte Südafrika die Möglichkeit, einen Führer der Befreiungsbewegung an die Spitze des Staates zu bringen, der keinerlei persönlicher Ambition – etwa auf schnelle Bereicherung – verdächtig war, wie es sich in anderen afrikanischen Ländern als berechtigt erwiesen hatte. Günstig war ferner, daß für Südafrika mit der Unabhängigkeit kein Krieg innerhalb des Landes und kein Krieg an den Außengrenzen des Landes verbunden war. In Angola oder Moçambique dagegen wurde nach der Unabhängigkeit der Krieg fortgeführt, die Länder wurden völlig zerstört. Diese Konstellationen ermöglichten einen ›leichten‹ Übergang zu einer wirklichen Unabhängigkeit, im Gegensatz zu der formellen völkerrechtlichen Unabhängigkeit, die aufgrund der fortgesetzten Unterjochung der großen schwarzen Mehrheit durch eine kleine weiße Minderheit diesen Namen nicht verdiente.

Mit dem Erringen wirklicher Unabhängigkeit in Südafrika war in der Verhandlungsphase wie auch in der darauffolgenden Übergangsphase eine ›krisenpräventive‹ Politik verbunden. Es gab in diesem neuen Südafrika freie Parlamentswahlen unter Beteiligung vieler Parteien, es gab die freie Meinungsäußerung anders als in den sechziger Jahren, wo häufig die Wahlen gefälscht wurden. Wichtig zur Prävention von politischen Krisen ist es, daß die Leute

sagen können: Ja, das haben wir gewählt, und wir stehen wirklich dahinter. Im Unterschied zu den Unabhängigkeitsbewegungen anderer Länder war für Südafrika eine Rechenschaftslegung und eine Pflicht dazu selbstverständlich. Die Identität von Minderheiten wurde anerkannt. Und mit der erwähnten Wahrheits- und Versöhnungskommission ergreift der Staat selbst ganz offiziell die öffentliche Aufgabe der Vergangenheitsbewältigung.

Mit dem genannten *Umbau- und Entwicklungsprogramm (RDP)* wird versucht, den Ungerechtigkeiten des Apartheid-Systems ein Ende zu setzen und etwas Neues aufzubauen. Der Staat zeigt hier einen überzeugenden Willen, mit Hilfe eines offiziellen Programms wirtschaftlich gerechte Verhältnisse herbeizuführen. Die wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas steht unter der Maxime eines *black empowerment*: Die schwarze Bevölkerung wird versuchen, in der Wirtschaft mehr und mehr Einfluß zu gewinnen und größeren Anteil zu nehmen. Die Gewerkschaften spielen eine besonders dynamische Rolle, sie haben – begründet in der Geschichte des Gewerkschaftskampfes in Südafrika – sehr viele Mitglieder, und sie haben die Geldmittel, um in der Wirtschaft selbst initiativ zu werden. Es gibt z.B. dazu das einflußreiche *black management forum*. Ferner beteiligen sich die Gewerkschaften durch Erwerb von Aktienanteilen an Unternehmen bis hin zu deren Kontrolle und Übernahme. Bisher sind erst 2,5 Prozent des Gesamtkapitals in die Hände der Schwarzen gelangt – ein bescheidener Anfang. Aber man bedenke, daß bei Null begonnen wurde. Wichtig ist zweifellos die Schaffung von großen Wirtschaftsräumen mit der Koordinierung von Aktivitäten in Politik, Verteidigung und Sicherheit. Die Freihandelszone *Pan-African Trade Association (PTA)* reicht inzwischen praktisch bis zum Sudan, und der Plan, einen gemeinsamen Markt von 23 Ländern, *COMESA*, aufzubauen, bedeutet einen großen Sprung.

Die Afrikaner müssen dennoch bei der Frage, ob die Republik Südafrika zu einem Modell geworden ist, skeptisch bleiben. Passiert nicht eigentlich jetzt, was die weißen Südafrikaner, die die Macht in der Wirtschaft hatten, immer schon gewollt hatten? Schon zwischen den beiden Weltkriegen behaupteten die weißen



Kum'a Ndumbe III.

Südafrikaner: Wir sind die eigentlichen Afrikaner; Franzosen und Engländer müssen nach Hause, und wir, die weißen Südafrikaner, müssen die Wirtschaft ganz Afrikas dominieren. Nachdem nun die Apartheid aufgehoben ist, diese Wirtschaft aber dennoch ganz überwiegend in den Händen der Weißen liegt – besteht jetzt nicht die Gefahr, daß genau diese weißen Rassisten in diese Länder eindringen können, um die Wirtschaft in diesen Ländern zu beherrschen? In dieser Frage kann also die Republik Südafrika auf keinen Fall als Modell gelten. Die Probleme des ›Modells Südafrika‹ müssen gegen seine unbestreitbaren Vorzüge jedenfalls genau abgewogen werden.

Rainer Schweers: Ich schicke voraus, daß ich hier meine persönlichen Auffassungen vertrete und nicht für die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit Stellung nehme.

Ganz offensichtlich kontrollieren die Weißen noch große Teile der südafrikanischen Wirtschaft. Zum besseren Verständnis der Situation in Südafrika und dessen, was noch bevorsteht, kann ein Blick nach Zimbabwe nützlich sein: Dort lebte eine an Zahl noch geringere weiße Minorität, die im Verlauf von Verhandlungen in London einwilligte, mit der Apartheid und dem rassistischen Regime Schluß zu machen. Der jedenfalls in dieser Übergangsphase sehr weise Politiker Robert Mugabe hat damals eines klar gesehen: Ein radikaler revolutionärer Prozeß, der zur sofortigen Enteignung der Weißen führt, wäre unter den geltenden Bedingungen nicht beherrschbar gewesen und hätte ins Chaos geführt. Es wurden kluge Kompromisse geschlossen, die z.B. den Weißen zunächst eine Sperrminorität zubilligten. Inzwischen sind dort ganz normale Verhältnisse eingetreten, was nicht heißt, daß es nicht auch zwischenzeitlich Versuche zur Zementierung des Einparteienregimes gegeben hätte.

Auch Südafrika ist der Globalisierung ausgesetzt und den Bedingungen der *World Trade Organization* unterworfen, mit denen die Bestimmungen des früheren Internationalen Handelsabkommens *GATT* fortgeschrieben werden. Südafrika wird von diesen äußeren Mechanismen genötigt, sich klug und vorsichtig auf die Gegebenheiten des internationalen Handelssystems zu beziehen. Mit Mandela besitzt Südafrika glücklicherweise eine über alle gesellschaftlichen Gruppen ausstrahlende politische Autorität. So heterogen, wie diese Gesellschaft war, ist tatsächlich kaum eine andere Gesellschaft in Afrika: Wenn etwa in Kamerun auch 200 verschiedene Ethnien leben, so sind sie doch kulturell einander nicht so fremd, wie es diejenigen in Südafrika waren und sind.

Südafrika hat gut daran getan, zunächst einmal wirtschaftlich das fortzuführen, was ökonomisch erfolgreich war. Eine schwierige Bewährungsprobe ergibt sich dadurch, daß nicht beliebig umverteilt werden kann. Auch in den nächsten drei bis vier Jahren wird den großen Farmern das Land nicht genommen werden können, um etwa dort Kleinbauern anzusiedeln. Die Erfahrung mit überstürzten Agrarreformen, egal ob in Lateinamerika oder in der übrigen Welt, lehrt, daß sie nicht erfolgreich sind. Innerhalb kürzester Zeit sinkt die

Bevölkerung auf ein Subsistenzniveau zurück, es wird nur noch fürs Überleben produziert, weil die Leute nicht entsprechend vorbereitet sind.

Die Alternative dazu – unterschiedliche, aber nebeneinander bestehende Wirtschaftsweisen parallel zu betreiben – praktiziert man derzeit in Südafrika, und wir müssen ihnen den Erfolg wünschen. Die Erwartungen an große Umverteilungen sind unerfüllbar; sie zu fordern, wäre nicht realistisch.

Andererseits liegt die große Chance darin, daß Südafrika zugleich ein Industrieland ist, wie es kein anderes südlich der Sahara gibt. Wenn es gelingt, das Wachstum der Wirtschaft zu steigern, gäbe es die Möglichkeit der Umverteilung. Leider sind 3,1 Prozent deutlich zu wenig, und auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch nicht einmal ein Wachstum der Arbeitsplätze mit ordentlicher Entlohnung in dieser Höhe. Statt dessen erweitert sich die Subsistenzwirtschaft, der informelle Sektor, der allein einem großen Teil der Bevölkerung das Überleben ermöglicht.

Jetzt wird eine Reihe von Programmen aufgelegt, die man – auch vom professionellen Standpunkt aus gesehen – sehr rasch umzusetzen versucht. Die Vorbereitung solcher Maßnahmen braucht aber ihre Zeit, und natürlich gibt es gelegentlich Mißbräuche. Ich habe trotzdem nicht den Eindruck, daß in diesem Land Korruption ein Problem wäre. Der Umbau der Gesellschaft erfolgt aus einer Bewegung heraus, die noch volle Autorität besitzt. Es gelingt ihr, die Gewerkschaft einzubeziehen, auf diese Weise ›wilde‹ Umverteilungskämpfe zu vermeiden und so im mittleren Teil der Gesellschaft stabilisierend zu wirken. Die jetzt sich entwickelnde, gelenkte Marktwirtschaft muß für längere Zeit beibehalten werden, wobei ich hoffe, daß die südafrikanische Regierung nicht den äußeren Bedingungen einer Strukturanpassung unterliegt. Sie hat hinreichend Stärke, sie hat Handlungsspielräume, und sie legt ihre Programme selbst auf. Auch das ist ja neu. Andere Länder werden durch das internationale System wirtschaftlich gegängelt, während Südafrika seine Wirtschaftspolitik mit Kompetenz selbst entwickelt. Die materiellen Voraussetzungen sind gegeben, das notwendige ökonomische Wissen vorhanden. Der Wille, etwas zu verändern, ist da, und es gibt einen Präsidenten mit Visionen. Man kann hoffnungsvoll auf Südafrika schauen, muß aber wissen, daß ein Transfer dieses ›Modells‹ in andere Länder nicht leicht sein wird. Unsere Erfahrung aus der Entwicklungspolitik ist genau die: Wenn die Verhältnisse intern nicht reif sind, kann man keine Ökonomie, keine Technologie transferieren. Modelle lassen sich nicht exportieren, wenn nicht angemessene Voraussetzungen dafür in den Ländern gegeben sind. Das Wissen, das man meint hineinzubringen, ist garantiert nicht angepaßt. Wenn es aber gelingt, in einem internen Kommunikationsprozeß die Gesellschaft von unten neu aufzubauen, wenn unter den Stichworten Dezentralisierung und Kommunalisierung tatsächlich Macht an untere Ebenen abgegeben würde, damit die von der Armut Betroffenen sich selbst organisieren können und die Ressourcen von oben abfragen, statt unverlangt die falschen Hilfen zu bekommen, dann könnte dieses neue Südafrika tatsächlich ein Modell

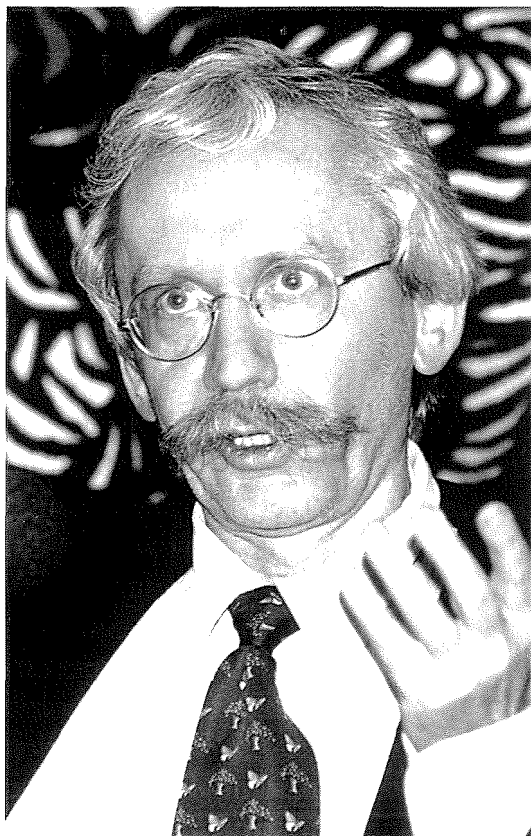
für andere Länder und ein Anreiz sein. Aber dazu braucht es die Leute, die das in ihren Ländern umsetzen wollen und umsetzen können.

Freilich gibt es in Südafrika noch einzelne Gruppen und deren Führer, die ernste Schwierigkeiten machen. Es gibt verbohrt Weiße, die einen eigenen Staat wollen und noch einmal militärisch losschlagen könnten. Ein weiteres Problem ist der Inkatha-Führer Buthelezi, von dem man lange Zeit nicht wußte, auf welcher Seite er stand, und der bei den Verfassungsverhandlungen und danach viele Probleme gemacht hat, weil er mehr Autonomie für seine Provinz oder auch mehr persönliche Macht wollte. Er ist zum Innenminister berufen worden, als der er offenbar keinen großen Schaden anrichten kann, jedenfalls ist er integriert. Diese Fähigkeit zur Einbindung findet man in afrikanischen Gesellschaften häufig. Auch das gehört zu dieser Kultur, die sich im südlichen Afrika wieder neu ausbildet.

Die gegenwärtige deutsche Entwicklungspolitik ist offenbar durch ein schlechtes Gewissen aus der Vergangenheit gekennzeichnet: üblicherweise dauert es bis zu zwei Jahren, bis über ein neues Projekt ein Abkommen geschlossen ist, bis das Geld oder der entsandte Experte bereitstehen. In Bonn ist man ganz begeistert von dem, was in Südafrika passiert, mit aller Vorsicht natürlich. Besonders vorsichtig ist die Industrie, weil sie das größte Risiko trägt. Aber die

deutsche Entwicklungspolitik ist ganz angetan, weil wichtige Kriterien, die man selten in den Zielländern gegeben findet, in Südafrika erfüllt sind: Beachtung der Menschenrechte; Rechtsstaatlichkeit und Gewährung von Rechtssicherheit; funktionierende Justiz; Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen; Einführung der sozialen Marktwirtschaft, Entwicklungsorientierung des Handelns, d.h. also Bekämpfung der Armut.

In all diesen Punkten erfüllt Südafrika die Forderungen der Entwicklungspolitik, und die Projekte kommen sehr schnell in Gang. Meine Kollegen sind sehr motiviert, in Südafrika zu arbeiten, sie beobachten die Entwicklung meist sehr gespannt und fasziniert. Ob für dieses Land essentiell wichtig ist, was die Entwicklungshilfe leistet, wage ich zu bezweifeln, aber auch der Symbol-



Rainer Schweers

wert mag wichtig sein. Vieles hat sich auch in der Kulturpolitik, etwa auch des Goethe-Instituts, getan.

Wer wollte darüber klagen, wenn Stipendien ausgegeben werden, wenn etwas für Bildung getan wird? Dennoch zweifle ich, ob von Deutschland aus die richtige Kulturpolitik gemacht wird. Meist wird in diese Länder nur transferiert, was wir hier tun, und dabei gesagt: So machen wir das in Deutschland. Man lädt zum Gespräch ein, aber ob wirkliche kulturelle Begegnungen zustande kommen, ob sie überhaupt intendiert sind, weiß ich nicht. Ich glaube, die deutsche Politik hat die Instrumente nicht, und sie ist hier ihrer eigenen Entwicklung zurück.

Ich komme noch einmal auf die Wirtschaftspolitik zurück: Vor Ende der Apartheid sind Förderprogramme für Basisorganisationen bzw. Selbsthilfeorganisationen nur deshalb über die Europäische Gemeinschaft organisiert worden, weil ein Konflikt Deutschlands mit dem Apartheid-Regime vermieden werden sollte. Heute wird Südafrika über die europäische Politik und die Welthandelskonferenz geradezu dazu gedrängt, die Märkte zu öffnen, Waren aus Europa aufzunehmen. 95 Prozent der Güter, die das Land produziert, unterliegen inzwischen dem Freihandel, während die EG lediglich 55 Prozent ihrer Güter in diese Vereinbarung eingebracht hat. Nach wie vor werden agrarische Güter wie etwa Rindfleisch auf den internationalen Markt gebracht und hoch subventioniert. Dieses Angebot konkurriert dort mit dem Südafrikas, Botswanas usw. Wirtschaftspolitische Mechanismen konterkarieren also womöglich das, was man auf der Entwicklungshilfebene versucht aufzubauen – eine durchaus widersprüchliche Politik.

Lindiwe Mabuzo: Vor 1994 unterstützte die deutsche Regierung mit Billigung des Parlamentes die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) in Südafrika. Darunter waren kirchliche Initiativen, solche der Arbeiterbewegung und auch solche Organisationen, deren Mitglieder bisweilen ›Terroristen‹ oder ›Kommunisten‹ genannt wurden. Auch diese Zahlungen ermöglichten die Fortsetzung unseres Befreiungskampfes. In weniger als zwei Jahren ist nun die Unterstützung außerordentlich angewachsen, wie das diesjährige Volumen von 104 Millionen DM zeigt. 60 Millionen DM werden für den dringend benötigten Wohnungsbau verwandt werden. Bereits im vergangenen Jahr wurden 50 Millionen DM für den Wohnungsbau auf dem Land gewährt. Finanzielle Hilfe erhalten auch Frauenhilfsorganisationen, damit auch Frauen besser ausgebildet werden. Deutsche Ärzte werden für Hilfeleistungen in ländlichen Gebieten Südafrikas angeworben. Die Weiterbildung für Lehrer besonders in naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik wird unterstützt. Technische Hilfe im Wert von 25 Millionen DM macht es möglich, sachkundige Experten nach Südafrika zu holen, die in den Ministerien mitarbeiten.

Die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet werden wir nach der Eröffnung des Goethe-Instituts in Johannesburg weiter intensivieren. Dazu ist ein breit

angelegtes Kulturabkommen auf zwischenstaatlicher Ebene zwischen Südafrika und Deutschland bereits vereinbart.

Kum'a Ndumbe III.: Die Botschafterin hat das Engagement der Bundesrepublik in der Entwicklungspolitik, was Südafrika betrifft, zutreffend beschrieben. Südafrika ist allerdings seit der Zeit der Weimarer Republik der traditionelle Partner Deutschlands in Afrika überhaupt und war es auch während des ›Dritten Reiches‹. Nach dem Krieg ist Südafrika für die neue Bundesrepublik wiederum der wichtigste Partner gewesen, und so ist es bis heute geblieben. Damit liegt für uns Afrikaner zugleich auch die Mitverantwortung der Bundesrepublik für die Verhältnisse im Südafrika der Apartheid und der Rassentrennung auf der Hand.

Die schwarze Bevölkerung Afrikas dürfte also als ›Wiedergutmachung‹ von seiten der Bundesrepublik noch mehr erwarten, denn die Bundesrepublik war eine wirtschaftliche Hauptstütze des Apartheid-Systems. Die bundesdeutsche Außenwirtschaft mit Afrika konzentriert sich noch auf wenige Länder. Die Anteile der vier bedeutendsten dieser Länder – das wichtigste darunter ist Südafrika – machen zusammen ca. 75 Prozent der gesamten wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum afrikanischen Kontinent aus. Zu Ägypten, Libyen und Nigeria bestehen ebenfalls starke Handelsbeziehungen – Länder, die vor allem energetische Rohstoffe exportieren. Die wirtschaftlichen Aktivitäten Deutschlands decken sich also keineswegs mit denen der Entwicklungspolitik. Es gibt aber positive Tendenzen, denn 1995 hat es die ›Initiative Südliches Afrika‹ der deutschen Wirtschaft gegeben, mit der Südafrika als ein Zukunftsmarkt erschlossen werden sollte.

Die Afrikaner würden allerdings von dieser deutschen Wirtschaft noch mehr erwarten: eine Aufgabe der bisherigen zögerlichen Haltung und ein stärkeres Engagement, das der bundesdeutschen Wirtschaft einen großen Vorsprung in der Republik Südafrika und darüber hinaus in der gesamten Region einbringen würde.

Publikum: Frau Botschafterin, ist Südafrika stark genug, um seine junge Demokratie zu exportieren? Wo sehen Sie ggf. die Grenzen für einen südafrikanischen Einfluß im übrigen Afrika?

Lindiwe Mabuzza: Wir sind dabei, unsere junge Demokratie zu festigen. Wir müssen uns selbst noch in demokratischer Kultur üben, so daß es anmaßend wäre, die Demokratie exportieren zu wollen. Wenn sie aber bei uns Erfolg hat, so braucht sie nicht exportiert zu werden. Die afrikanischen Völker würden kommen und von unserem Beispiel profitieren. Wir müssen einräumen, daß die Demokratie bei uns noch in den Kinderschuhen steckt, daß wir selbst noch den neuen Weg in der Bewältigung unseres Lebens und unserer Zukunft lernen müssen.

Publikum: Gibt es in Südafrika das Problem des ›Tribalismus‹?

Lindiwe Mabuzza: Ein solcher Begriff existiert in den afrikanischen Sprachen überhaupt nicht. Das Gegeneinander ethnischer Gruppierungen – wie etwa in Jugoslawien – scheint allerdings ein menschlicher Grundtatbestand zu sein, keineswegs nur in Afrika. Überall wo Leute unterschiedliche Bezugssysteme haben, können Unterschiede der Sprache oder der materiellen Versorgung Anlässe zur Sorge um die eigenen Besitzstände geben.

Während unseres Befreiungskampfes wurde Nelson Mandela als Angehöriger der Xhosa-Nation Präsident des ANC, dem seit der Gründung im Jahr 1912 außerdem auch Zulu, Sotho, Pedi, Afrikaaners, Briten, Griechen und Angehörige anderer Nationalitäten angehören. Vielleicht denken Sie bei der Frage an die Zulus? Ich selbst bin als Angehörige der Zulu-Nation Mitglied des ANC, und das ist nichts Besonderes. Sogar die *Afrikaaners*, die nationale Partei der Weißen, die früher die Überlegenheit der Weißen predigte, bemüht sich jetzt um Mitglieder aus anderen ethnischen Gruppen. Eine zunehmende Tendenz zum Stammesdenken kann man in Südafrika also nicht feststellen. Auch die Weißen haben eingesehen, daß sie in Südafrika nicht als ›Stamm‹ bestehen können, und sie bewegen sich damit nun in die gleiche Richtung wie der Afrikanische Nationalkongress.

Publikum: Herr Ndumbe, welche spezifischen Möglichkeiten hätte Südafrika, befriedend auf die Verhältnisse in Zaire oder Ruanda einzuwirken, Möglichkeiten, die Europa nicht hat?

Kum'a Ndumbe III.: Südafrika hat mit seiner Armee in den letzten 15 Jahren vor der Unabhängigkeit in Angola, Moçambique und anderswo eher destabilisierend gewirkt, so daß diese Armee keinen guten Ruf hat. Die Struktur dieser Armee ist noch unverändert: Sie wird von weißen Offizieren befehligt. Der Prozeß der Afrikanisierung wird länger dauern. Im übrigen aber ist die südafrikanische Regierung keine aggressive Regierung. In Südafrika wird versucht, Politik auf dem Verhandlungsweg durchzusetzen, nicht mit aggressiven Machtmitteln. Südafrika versucht, zu vermitteln, aber nicht Soldaten zu schicken. Südafrika ist heute eine moralische Kraft, dank der alten Befreiungsbewegung, die siegreich war. Aber Südafrika wird nicht Frieden stiften, indem es Militär schickt. Die Stärke Südafrikas liegt in der Verhandlung, das machen die Südafrikaner auch zu Hause, und deshalb sind sie glaubwürdig.